

# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 36 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für 1000mal, 0,40 R.-M. für 2000mal, 0,45 R.-M. für 3000mal, 0,50 R.-M. für 4000mal, 0,55 R.-M. für 5000mal, 0,60 R.-M. für 6000mal, 0,65 R.-M. für 7000mal, 0,70 R.-M. für 8000mal, 0,75 R.-M. für 9000mal, 0,80 R.-M. für 10000mal. Die Preisliste für Druckaufträge ist bei der Redaktion zu erhalten. — Die Preisliste für Druckaufträge ist bei der Redaktion zu erhalten. — Die Preisliste für Druckaufträge ist bei der Redaktion zu erhalten.

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,25 R.-M. pro Monat, 22,50 R.-M. pro Jahr. Bei Abnahme von 10 Exemplaren monatlich 2,00 R.-M. pro Monat, 20,00 R.-M. pro Jahr. Bei Abnahme von 100 Exemplaren monatlich 1,75 R.-M. pro Monat, 17,50 R.-M. pro Jahr. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren monatlich 1,50 R.-M. pro Monat, 15,00 R.-M. pro Jahr. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresden 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandsstr. 1 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27981 • 27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060

Nr. 243

Freitag, 17. Oktober 1930

38. Jahrgang

## In Erwartung der Regierungserklärung

Beginn der großen Aussprache sofort nach Verlesung des Regierungsprogramms — Vertagung des Parlaments auf 1. Dezember?

### Mit Englands Augen

Telegramm unres. Korrespondenten

RF. London, 16. Oktober

Die zerbrochenen Beziehungen in der Weltpolitik, schreiben die „Times“, haben zugunsten Dr. Brüning's gekehrt. Der Beginn der Reichstagsession hat die Stellung der deutschen Regierung geklärt und die Aussichten für eine parlamentarische Mehrheit für das Finanzprogramm des Kabinetts klar gemacht. Das Blatt führt dann allerdings fort, die Zuversicht auf einen Erfolg der Regierung in der unmittelbaren Zukunft dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß gewaltige Schwierigkeiten vor ihr liegen. Der Welt der Auffassung sei in die deutsche Welt eingedrungen, herausgewaschen aus Verzweiflung, Not und Leiden, verführt durch wirtschaftliche und politische Unordnung. Man könne dieser Entwicklung mit logischen rationalistischen Gründen nicht Herr werden. Die Nationalsozialisten und Kommunisten hätten sich verschworen, die letzte Unzufriedenheit auszunutzen und es sei nicht voranzukommen, wenn dieser Verschwörungsversuch nicht scheitert. Für den Augenblick stehe jedenfalls zwischen dem neuen Nationalsozialismus einerseits und den noch milderen Theorien der Kommunisten die feste Gestalt des Präsidenten Hindenburg, der in dem Kanzler Brüning einen tüchtigen Helfer habe. Der Kampf der Regierung für vernünftige und geordnete Fortschritte auf der Grundlage der bestehenden Institutionen habe hoffnungsvoll begonnen.

### Dr. Luthers über die Wirtschaftslage

Telegramm unres. Korrespondenten

ch. Paris, 16. Oktober

Der Berliner Berichterstatter der „Volonté“ hatte Gelegenheit, mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers über das Finanzprogramm der Regierung und Deutschlands Einstellung zur Ausführung des Young-Plans zu sprechen. Dr. Luthers vertritt die Ansicht, daß der Bräunliche Plan in seinen großen Zügen den einzigen Weg darstelle, um aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu gelangen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden eine gesunde und solide Grundlage für den deutschen Kredit abgeben. Der von der Regierung ausgearbeitete Ueberbrückungskredit sei unentbehrlich für den Winter. Er sei vernünftig und gerechtfertigt.

Dr. Luthers schließt auch die Frage der französischen Goldanhäufung an. Er vertritt dabei die Ansicht, daß es nicht richtig sei, das Gold unproduktiv in den Kellern der Bank von Frankreich liegen zu lassen, vielmehr sollte man es dazu benutzen, um den Warenverkehr zwischen den einzelnen Ländern auf besserer und ausgleichenderer Grundlage zu stellen. Dr. Luthers erklärte weiter, der Young-Plan habe die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zur Voraussetzung, denn Deutschland werde die in ihm vorgesehenen Zahlungen nur leisten können, wenn seine wirtschaftliche Entwicklung so gesehe. Es sei die Aufgabe Frankreichs, Deutschland bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen, denn die Ausführung des Young-Plans sei eng mit den wirtschaftlichen und finanziellen Problemen verbunden, die Deutschland mit Frankreich zu regeln habe.

### Das Reichstagspräsidium bei Hindenburg

vda. Berlin, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht)

Reichstagspräsident Lohse begab sich mit den übrigen Mitgliedern des Reichstagspräsidiums am Donnerstag zum Reichspräsidenten v. Hindenburg zum Antrittsbesuch, wobei Lohse dem Reichspräsidenten insbesondere den neuen ersten Vizepräsidenten, Abgeordneten Stöhr (Kathol.), vorstellte. Die übrigen Herren waren schon Mitglieder des vorigen Präsidiums. Der Reichspräsident hat die Mitglieder des Reichstagspräsidiums, in Ernst und Ehrlichkeit ihres Amtes zu walten und dafür zu sorgen, daß bei den Verhandlungen die Würde des Reichstages gewahrt werde.

### Entscheidung bis Sonnabend?

B. Berlin, 16. Oktober. (Eig. Drahtbericht)

Die in launischen Sitzungen formulierte Regierungserklärung, die der Kanzler heute nachmittag im Reichstag abgeben wird, ist nicht übermäßig lang. Ihre Verlesung dürfte kaum drei Viertelstunden in Anspruch nehmen. Ueber den Inhalt der Regierungserklärung hört man, daß Dr. Brüning zunächst darlegen wird, weshalb die Regierung sich für verpflichtet gehalten hat, die Notverordnungen des Reichspräsidenten mit ihrer Verantwortung zu bedenken. Der Kanzler wird weiter über einen finanziellen Entwurf der verschiedenen Steuer-Verordnungen berichten und dann die Notwendigkeit des Ueberbrückungskredits rechtfertigen. Der Sozialpolitiker wird natürlich ein ziemlich breiter Raum gewidmet sein. Weiter wird der Kanzler erklären, daß die Entscheidung über die etwaige Stellung eines deutschen Antrags auf Gewährung eines Reparations-Moratoriums erst dann möglich ist, wenn die innere Sanierung hinreichend gesichert ist. Reichsfinanzminister Dietrich wird am Freitag das Finanzprogramm besprechen.

Auf jeden Fall soll die große politische Aussprache noch heute beginnen. Um den Parteien eine Stellungnahme zu der Regierungserklärung zu ermöglichen,

wird die Sitzung für einige Zeit unterbrochen werden. Am späten Nachmittag wird dann Dr. Brüning als Vertreter der rechten Partei die Diskussion eröffnen. Unmittelbar nach ihm wird der Nationalsozialist Dr. Fricke das Wort nehmen. In parlamentarischen Kreisen verheißt man damit, daß die Aussprache sich bis zum Sonnabend ausdehnen, und daß noch am selben Tage die entscheidenden Abstimmungen vorgenommen werden.

Für den Ueberbrückungskredit kann die Regierung auf eine sichere Mehrheit rechnen. Die Gefahr, an der Klippe der Mißtrauensanträge zu scheitern, wird vermutlich dadurch umgangen werden, daß aus den Reihen der Regierungsparteien ein Antrag gestellt werden wird, der den Uebergang zur Tagesordnung und die Vertagung auf den 1. Dezember verlangen dürfte. Gegen einen solchen Antrag würden die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Kommunisten stimmen. Der Oppositionsblock würde über insgesamt etwa 200 Stimmen verfügen, denen eine immerhin beträchtliche Mehrheit gegenüberkäme. Damit hätte die Regierung eine Atempause von etwa sechs Wochen gewonnen. Dann allerdings steht im Hintergrund die künftige Weichheitspolitik.

### Das Britische Reich und der Kontinent

Bemerkenswerte Warnung im „Daily Telegraph“

London, 16. Oktober

„Daily Telegraph“ veröffentlicht einen langen Aufsatz eines bekannten und viel zitierten „diplomatischen Mitarbeiters“ Professor Maurice Grottel über die Frage einer Revision der Friedensverträge. Darin wird u. a. angeführt, am Louis d'Orléans rechne man damit, daß während der nächsten Jahre jede deutsche Regierung — mit der wahrscheinlichen Unterherrschaft Italiens, Ungarns und Österreichs — auf eine baldige und umfassende Revision der Friedensverträge dringen werde. Gegenwärtig sei Frankreich im Begriff, zu erfordern, welche Gattungen die britische Regierung einnehmen würde, wenn Deutschland in Genf oder sonstwo diese Frage aufwerfen sollte. Der Verfasser des Artikels verlangt, daß sich die gegenwärtig irgendwelche Reichskommission mit diesen Fragen befasse. Frankreich trage, ob Großbritannien, abgesehen von seinen genau umschriebenen Verpflichtungen aus dem Locarno-Vertrag, bereit wäre, das Versprechen abzugeben, Frankreich und Frankreichs Verbündeten dabei zu helfen, leibliche Abänderung aller in den Friedensverträgen festgelegten Grenzen zu verhindern. Der Verfasser betont, daß die Politik der „Ein-

heitsfront“ zwischen Großbritannien und Frankreich in moralischer und legaler Beziehung den Locarno-Verpflichtungen Englands widersprechen würde, die bekanntlich an Stelle der einseitigen Verpflichtung Englands eine wechselseitige Verpflichtung enthalten (alle Engländer verpflichtet, auch Deutschland gegen einen französischen Angriff zu verteidigen). Abgesehen davon sei es unbedenklich, daß ein einzelnes britisches Dominion mobil machen würde, um irgend einen Kontinentalkrieg, sei es Frankreich oder Polen, sei es Deutschland oder Italien, wegen einer Frage, wie der des Korridors, zu verteidigen oder Geld und Blut für den Grundbau der Variété oder Nichtpartei zwischen der französischen und der italienischen Flotte zu opfern.

Professor Grottel schlägt: Am besten wäre eine gemeinsame Erklärung Großbritanniens und der Dominien, daß sie, abgesehen von den bestehenden Verpflichtungen, die nicht erweitert werden dürfen, keinen Schilling und keinen Tropfen Blut wegen einer rein europäischen Streitfrage ausgeben würden. Eine solche Erklärung würde wie eine kalte Dusche auf alle kriegerischen Elemente wirken.

### Die zerbröckelnde Staatspartei

B. Berlin, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht)

Am heutigen Donnerstag tritt der demokratische Parteivorstand zusammen, der die offizielle Ueberleitung der Demokratischen Partei in die neue Staatspartei beschließen soll. Er wird vor allem einen neuen Vorstand wählen, und zwar sollen in ihn gewählt werden Dietrich, Frau Bäumer, Höpfer-Wilhoff und Professor Giese (Frankfurt a. M.). Dazu sollen dann die Wahlkreisvorsitzenden treten. Der Einfluß der sozialistischen „Berliner“ Richtung und ihrer Presse wird bei einer solchen Zusammenkunft des Vorstandes ausgeschlossen. Ob die Reorganisation auf dieser Basis gelingt, muß die Zukunft lehren. Jedenfalls wird diese Umwälzung für viele die Bedingung sein, unter der, sie überhaupt noch weiter in der Staatspartei zu bleiben bereit sind.

Unterhellen hat sich der Austritt Dr. Winkfuß, des Führers jener Gruppe junger Volksparteier, die zur Staatspartei nicht wollten. Ferner ist auch die bündische Jugend, die sich in einer besonderen

„Reichsgruppe“ in der Deutschen Staatspartei zusammengeschlossen hatte, ausgeschieden. Sie will, wie sie verkündet, „erneuerungsbereite Menschen“ außerhalb der Partei sammeln und mit allen zusammenarbeiten, die „in Entschiedenheit und politischer Souveränität den freien, sozialen und deutschen Volkswort erklären wollen“. Schließlich hat sich aber auch die Gruppe, der sogenannte sozialrepublikanische Kreis, von der Staatspartei getrennt. Dieser Kreis läßt verlässlichen, er würde „den Kreis als solchen“ aus der parteipolitischen Front herausnehmen und ohne parteipolitische Bindungen zusammen mit anderen Gruppen der jungen Generation die „Erneuerung des deutschen politischen Lebens selbst vorbereiten“. Inzwischen läßt die „Reitung der Deutschen Staatspartei“, von der man seit einigen Tagen nichts mehr hörte, durch den demokratischen Zeitungsdruck berichten, daß in den letzten Tagen die Zuschriften aus dem Lande sich mehrt, wonach angelegene Mitglieder der Staatspartei, die aus dem vorkommenden Vorerfahrungen wären, nicht daran dächten, „sich wieder die von Währungs befohlene Oudenswennkung von der Staatspartei weg mitzumachen“.

### Revision!

Die außenpolitische Debatte im Landtag

Sogar gehören, formal betrachtet, außenpolitische Fragen nicht in den Reichstag. Trotzdem kommt der geistreiche große Debatte über den Young-Plan und seine Revision eine nicht zu unterschätzende außenpolitische Bedeutung zu. Denn diese Aussprache zeigt, daß in unserer zerrissenen und zerfallenen deutschen Volksmeinung eine Einheitsfront besteht, die von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten reicht. Die Kammerfront für eine Revision der schweren Lagen, die uns der Young-Plan auferlegt.

Nicht weniger als sechs Anträge der verschiedenen Parteien fanden zur Diskussion. Die Kommunisten verlangten gemäß der neuen Moskauer Parole, unter der sie schon dem Wahlkampf führten, die sofortige Verwirklichung des Young-Plans und die Einstellung aller Zahlungen. Die Sozialdemokraten und auch ähnlich die Zentrumspartei und die Deutsche Volkspartei begnügten sich damit, zu verlangen, daß Verhandlungen zur Revision der Friedensverträge eingeleitet werden sollten. Die Volkspartei wünscht das im Young-Plan vorgeschriebene Moratorium sofort zu erwirken, und die Sozialdemokraten endlich forderten, daß „im Sinne der von der Reichsregierung Dr. Brüning geleiteten Verhandlungen zur Revision des Young-Plans“ eingeleitet werden.

Die sachliche Regierung setzte auch gestern wieder, wie schon vor einigen Tagen, als die sozialpolitischen Anträge zur Diskussion standen, das sie sich praktisch keineswegs nur als „schicksalstreu“ betrautet, sondern daß sie auch willeig und fähig ist, politisch zu führen. Das Verhalten des jetzigen Kabinetts und sein Ansehen in weiteren Kreisen der deutschen Bevölkerung wurde durch die außerordentlich geschickt formulierte und würdige Regierungserklärung, die am geistreichen Nachmittag Ministerpräsident Dr. Brüning abgab, ganz beträchtlich erhöht, ein Umstand, der für die weitere politische Entwicklung in Zahlen nicht ohne Bedeutung und ohne Einfluß sein dürfte.

Der Ministerpräsident steht in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, die den Young-Plan heute auch an dieser Stelle seit seinem Abbruch immer und immer wieder betont worden ist, lediglich als eine Gruppe auf dem Wege zur Weltrettung betrachtet, auf dem Standpunkt, daß das Young-Abkommen „nicht das letzte Wort in der Weltrettung“ ist, und daß bereits „die kurze Geltungsdauer die Unmöglichkeit des darin Anferleiten bezeugt habe“. Er wird den Streit um Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Young-Plans als eine mühsame historische Frage, die uns nicht weiter bräut, zurück und erklärte sich bereit, bei der Reichsregierung im Sinne der übrigen Anträge auf baldige Revision des Young-Plans hinzuwirken. Selbstverständlich lehnte er den kommunistischen Demomarktion Antrag ab und fand dabei die Unterstützung aller übrigen Parteien, auch der Sozialdemokraten, die überhaupt in ihren außenpolitischen Formulierungen seit dem 14. September bemerkenswert vorfälliger geworden sind. Anschließend war die Haltung der Nationalsozialisten, deren Redner, der Abgeordnete Studentsoff, zwar auf der einen Seite den kommunistischen Antrag als „Rechtsverstoß“ demark, auf der anderen Seite aber doch erklärte, daß die Nationalsozialisten heute für ihn stimmen würden.

Die Diskussion verlief im übrigen würdig und ohne jeden Anstoß. Neue Gesichtspunkte kamen allerdings kaum zur Geltung. Nicht besonders glücklich war der Abgeordnete Wilhelm mit seiner Vertretung der Auslandspolitik seit dem Vertrag von Rapallo. Der Zusammenbruch dieser Politik liegt allzuoffen auf der Hand, als daß man noch ein Wort weiter darüber zu verlieren brauchte. Gewonnen hat Deutschland durch diese Politik nichts. Einen Vorteil hatte lediglich die Dritte Internationale, die dadurch die Mittel erhielt, auch auf diplomatischem Wege die Weltrevolution in Deutschland weiterzutreiben.

Die Reichsregierung wird die geistreiche Landtagsdebatte öffentlich als bedeutsames Symptom der politischen Stimmung im deutschen Volke, auch dem Auslande gegenüber, zu werten wissen. Jenseits der deutschen Grenze aber sollte man die Einmütigkeit der getrennt vorzutragenden Kundgebungen außerordentlich beachten, denn diese Einmütigkeit ist ein Zeichen dafür, daß es keine Partei im deutschen Volke gibt, die sich der Herberung nach Revision des Young-Plans verweigert.

Th. Sch. 1